Die Räte der Kreise sind verpflichtet, die Heime regelmäßig zu kontrollieren. **An den Kontrollen sollten Vertreter der Nationalen Front und der Massenorganisationen, besonders des FDGB, der Volkssolidarität, des DFD und DRK, teilnehmen.**

Anträge auf Heimaufnahme sind bei den Räten der Städte, Stadtbezirke bzw. Gemeinden zu stellen und an die Räte der Kreise weiterzuleiten. Die Räte der Kreise bilden als beratende Organe Kreiskommissionen für Heimaufnahme, die Vorschläge für die Vergabe von Heimplätzen unterbreiten.

Die Räte der Städte und Gemeinden, denen Heime nachgeordnet sind, entscheiden im Zusammenwirken mit den Räten der Kreise über die Verteilung der Plätze. Die Räte der Kreise entscheiden über Anträge auf Aufnahme in Heimen, die ihnen selbst nachgeordnet sind. Gegen Entscheidungen über Anträge auf Heimaufnahme ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

13AA. Die staatliche Fürsorge für sozial bedürftige Bürger

Das von der Verfassung der DDR in Art. 36 gesicherte Recht der Bürger auf Fürsorge der Gesellschaft im Alter und bei Invalidität wird in finanzieller Hinsicht vorwiegend durch Leistungen der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der Staatlichen Versicherung der DDR verwirklicht. Darüber hinaus wird solchen Bürgern, die aus diesen Versicherungsverhältnissen nicht versorgt werden können und die zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes die Hilfe durch die Gesellschaft benötigen, soziale Unterstützung aus staatlichen Mitteln gegeben. Das sind hauptsächlich ältere Bürger, die unter den früheren kapitalistischen Verhältnissen keinen Rentenanspruch erworben haben, alleinstehende Frauen, die keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen können und keine Witwenunterstützung erhalten, oder andere Bürger, die aus unterschiedlichen Gründen keine Renten- oder Invaliditätsversicherungen besitzen. Der Staat gewährt diesen Bürgern *Sozialfürsorgeunterstützung*. Diese Art sozialer Leistungen ist Bestandteil der Gesamtheit sozialer Versorgungsleistungen, die sich in Verwirklichung der Sozialpolitik der SED und des sozialistischen Staates kontinuierlich erhöhen.

Nach der Sozialfürsorge-VO³⁷ haben Bürger, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Arbeitseinkommen zu bestreiten, die über kein sonstiges ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen und auch keinen ausreichenden Unterhalt von unterhaltspflichtigen Angehörigen erlangen können, Anspruch auf Sozialfürsorgeunterstützung. Ihre Gewährung setzt jedoch voraus, daß vorher Ansprüche des Antragstellers auf andere Leistungen geltend gemacht wurden.

Anspruchsberechtigt auf Sozialfürsorgeunterstützung ist derjenige, dessen Einkommen die Höhe der in Rechtsvorschriften bestimmten Sozialfürsorgeunterstützungsbeträge nicht erreicht und der kein Vermögen besitzt, aus dem er seinen Unterhalt bestreiten kann.

37 VO über Leistungen der Sozialfürsorge — Sozialfürsorge-VO — vom 4.4.1974, GBl. I 1974 Nr. 22 S. 224, sowie 2. VO über Leistungen der Sozialfürsorge — Sozialfürsorge-VO - vom) 29. 7.1976, GBl. I 1976 Nr. 48 S. 382.